

Protokoll

**16. öffentliche Sitzung des Ausschusses Regionale Entwicklung, Wirtschaft und ÖPNV
vom 11.11.2019, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 14. Ausschusssitzung am 03.09.2019
 2. Projektvorstellung: LÜDiA (Lüchow-Dannenberg im Aufbruch) Wettbewerb für Soziales Unternehmertum
 3. Information zum Sachstand der Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen des Projekts "Masterplan 100% Klimaschutz" (ständiger TOP)
 4. Produkthaushalt 2020 - Produkte 55101 Naturpark, 55501 Grundstückverkehr, 57101 Wirtschaftsförderung, 57501 Tourismus 2019/369
 5. Produkthaushalt 2019; Produkt 51101 Kreisentwicklung und Regionalplanung 2019/355
 6. Produkthaushalt 2020; Produkt 54701 ÖPNV 2019/356
 7. Produkt 51103, Geodateninfrastruktur DAN 2019/358
 8. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 02.10.2019: Möglichkeiten und Kosten der Einführung bargeldloser Bezahlungssysteme im ÖPNV 2019/347
 9. Einwohnerfragestunde
 10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Nicht öffentlicher Teil

11. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
12. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Schöning, Markus - Vorsitzender
KTA Gottberg, Wilhelm von stellv. für KTA Henke
KTA Hennings, Matthias
KTA Herzog, Kurt stellv. für KTA Klepper
KTA Hildebrandt, Holger
KTA Pape, Hartmut
KTA Schulz, Heinz
KTA Socha, Frank stellv. für KTA Dorendorf
KTA Tzscheutschler, Joachim
KTA Wiegrefe, Wolfgang
KTA Hensel, Thorsten
KTA Fricke, Christine
beratendes Mitglied Stark, Oliver
Kreisbauoberrätin Stellmann, Maria
Schwarz, Jürgen - Fachdienstleiter Planung und Kreisentwicklung
Langer, Margarete - Fachdienst Planung und Kreisentwicklung
Hüsing, Natalia - Leiterin GIS-Büro
Servatius, Nicole – Stabstellenleiterin Regionale Entwicklungsprozesse
Schramm, Alexandra – Geschäftsführerin LSE -zeitweise-

Es fehlen:

KTA Klepper, Hermann-Dieter - stellv. Vorsitzender - entschuldigt -
KTA Dorendorf, Uwe - entschuldigt -
KTA Henke, Olaf - entschuldigt -
Flugge, Eva-Maria - beratendes Mitglied - entschuldigt -
Rosen, Brigitte - beratendes Mitglied - entschuldigt -

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:00 Uhr
nichtöffentlicher Teil: 16:58-17:00 Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender KTA Schöning eröffnet die Sitzung des Fachausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er erläutert, dass unter TOP 4 die vorgelegte Tischvorlage zum Produkthaushalt 2020 des Produktes 56101 Klimaschutz ergänzend behandelt wird und stellt die ergänzte Tagesordnung fest

1. Genehmigung des Protokolls der 14. Ausschusssitzung am 03.09.2019

Das Protokoll der Sitzung vom 03.09.2019 wird einstimmig genehmigt

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen. Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2

2. Projektvorstellung: LüDiA (Lüchow-Dannenberg im Aufbruch) Wettbewerb für Soziales Unternehmertum

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt, da Herr Oestreicher, Vertreter des Projektträgers Hilfswerft GmbH, verhindert ist.

3. Information zum Sachstand der Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen des Projekts "Masterplan 100% Klimaschutz" (ständiger TOP)

Stabsstellenleiterin Servatius stellt in Vertretung der länger erkrankten Masterplanmanagerin Frau Dittmer den Sachstand vor. Die Fahr-Rad-Kampagne, die aus Mitteln der Avacon-Dividende finanziert wird, verlief erfolgreich. Ende Oktober fand die kreisweite Siegerehrung der Teilnehmenden an der bundesweiten Aktion STADTRADELN statt, bei der sich insgesamt die Teilnehmerzahlen erhöht haben. Insbesondere die Anzahl der teilnehmenden SchülerInnen hat sich auf rund 500 verdoppelt. Die angeschafften Pedelecs sowie das E-Lastenrad werden stark nachgefragt und sind bis Ende November ausgebucht. Ein Verleih über die Winterzeit war ursprünglich nicht eingeplant. Aktuell wird jedoch geprüft, ob der Carsharing-Verein Lüchow dies übernehmen kann. Die ebenfalls aus der Avacon-Dividende finanzierte Sanierungskampagne ist mit dem Verleih der Wärmebildkameras angelaufen. Im Januar sind an etwa fünf Orten im Landkreis Thermografie-Spaziergänge sowie Beratungen zur energetischen Gebäudesanierung geplant. Bei der Kampagne „Jung saniert alt“ können sich private Haushalte um eine Forderung von Sanierungsmaßnahmen bewerben. Im Rahmen der Bundesförderung „Grüne Hausnummer“ werden Informationen über ökologisches Bauen angeboten. Mit der geplanten Prämierung der ältesten Ölheizung sollen zusätzliche Anreize für eine energetische Sanierung geschaffen werden. Es wurde ein neuer Förderantrag im Rahmen der Kommunalrichtlinie/Klimaschutz gestellt, um in neue Radabstellanlagen an den Schulstandorten in Dannenberg und Clenze zu investieren. Außerdem wurde eine Interessensbekundung für eine Forderung im Rahmen der „Richtlinie zur Förderung innovativer Projekte zur Verbesserung des Radverkehrs“ und eine Projektskizze im Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“ eingereicht mit Förderquoten von 90 %.

KTA Herzog bemängelt, dass ein Konzept fehle, um die verschiedenen Ebenen Bund-Land-Kreis-Kommune zusammenzubringen. Einzelne Kampagnen könnten eine Mängelanalyse und daraus abgeleitet konkrete Maßnahmen sowie ein konzertiertes Handeln nicht ersetzen. Es sei klar, dass der Fokus auf den Schülerverkehr gerichtet werden muss und er empfiehlt, die Städte mit einzubinden. Nach seiner Erfahrung werden von den Kommunen keine Mittel bereitgestellt, während z.B. in Utrecht pro Person und Jahr 130 Euro in den Radverkehr investiert werden. Es wurde bereits 2014 beschlossen, dass ein Radverkehrskonzept erstellt wird, aber seither ist nichts passiert. Von der Verwendung der Avacon-Dividende habe er lange nichts gehört und fordert, dass solche Mittel für konkrete Maßnahmen verwendet werden.

KTA Schulz fragt nach, ob auch Radabstellanlagen an Grundschulen gefordert werden sollen, da in Zernien dafür Bedarf bestehe.

KTA Tzscheutschler erkundigt sich, ob an der Grundschule in Clenze ebenfalls Abstellanlagen geplant sind und ob der Fahrradkeller, der mit dem Abriss der alten Sporthalle an der KGS Clenze weggefallen ist, durch sichere Abstellanlagen ersetzt werden soll.

KBOR Stellmann bittet um Verständnis, dass aufgrund des Ausfalls von Frau Dittmer die Beantwortung der

Fragen im Protokoll nachgereicht wird. Ein Bericht über die Ergebnisse der Fahr-Rad-Kampagne kann nach der Rückkehr von Frau Dittmer als Tagesordnungspunkt aufgenommen werden. **KBOR Stellmann** legt dar, dass der Radverkehr ein zentrales Thema der Klimaschutzleitstelle ist und eine Abstimmung zwischen den Baulastträgern angestrebt wird. Ziel ist es, bei den nächsten Haushaltsberatungen ein Konzept für den Radverkehr einbringen zu können. Außerdem verweist **KBOR Stellmann** auf die Sitzung des Ausschusses Bauen, Abfall und Kreisstraßenunterhaltung am folgenden Tag, in der in zwei Tagesordnungspunkten die Themen Radwegeausbau sowie Radverkehrsbeauftragter behandelt werden.

Nachtrag im Protokoll:

Gefördert werden die KGS Clenze und die NBS in Dannenberg, Die Förderung ist für finanzschwache Kommunen mit einem Zuschuss von 60% unter der Kommunalrichtlinie gefasst. Für Grundschulen sind die Samtgemeinden zuständig, die hierzu Anträge und entsprechende Kofinanzierungsmittel im Haushalt einplanen müssen. Förderberatung bietet die Klimaschutzleitstelle an.

Stabsstellenleiterin Servatius ergänzt, dass die Verwendung der Avacon-Dividende in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden kann. Aktuell lag der Schwerpunkt zunächst darauf, die Menschen für die Nutzung des Fahrrades zu mobilisieren. Im Rahmen der genannten Projektskizze „Klimaschutz durch Radverkehr“ wurden auf der Grundlage der Erkenntnisse aus der Fahr-Rad-Kampagne, u.a. durch die interaktive Fahrradkarte, erste Vorschläge für einen Radwegeverbund entwickelt. Sofern das Projekt weitergeht, sollen in der nächsten Stufe in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und dem Land ein Konzept erarbeitet werden, um die Alltagswege und die Erschließung der Grundzentren zu verbessern.

4. Produkthaushalt 2020 - Produkte 55101 Naturpark, 55501 Grundstückverkehr, 57101 Wirtschaftsförderung, 57501 Tourismus	2019/369
---	----------

Stabsstellenleiterin Servatius stellt anhand der Tischvorlage den Produkthaushalt 56101 Klimaschutz vor. Gemäß Kreistagsbeschluss vom 23.09.2019 wird nach dem Ende der Förderung für den Masterplan Klimaschutz ab dem 01.07.2020 die Stabsstelle Klimaschutz eingesetzt. In der Kurzbeschreibung sind die wesentlichen Aufgaben, z.B. Beratung und Akquise von Fördermitteln, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Prüfung der EMAS-Zertifizierung, dargestellt. Aufwendungen sind für zwei Stellenanteile sowie Sach- und Reisekosten erforderlich. Ab 2021 sind die Aufwendungen für das gesamte Kalenderjahr erforderlich und verdoppeln sich entsprechend.

KTA Herzog begrüßt die Einrichtung der Stabsstelle Klimaschutz, kritisiert jedoch die konkrete Ausgestaltung, da die operative Entscheidungszuständigkeit bei **KBOR Stellmann** liege, was dem Charakter einer Stabsstelle widerspräche.

KTA Herzog stellt folgende Anträge: Der Rechtsbindungsgrad wird von „kann“ auf „muss“ gesetzt, da der Klimaschutz eine Pflicht geworden sei. Es wird ein Posten von 300.000 Euro für die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen in den Produkthaushalt aufgenommen. Der unter Zielgruppe verwendete Begriff „Öffentlichkeit“ wird durch „Bevölkerung“ ersetzt. Unter Auftragsgrundlage wird ein Hinweis auf die Hauptsatzung des Landkreises Lüchow-Dannenberg sowie die Grundsätze der Agenda 21 aufgenommen.

KBOR Stellmann erwidert, dass nach aktueller Rechtslage der Klimaschutz keine Pflichtaufgabe ist, daher ist das Kreuz bei „freiwillig“ zu setzen. Es spricht nichts dagegen, den Begriff Öffentlichkeit durch Bevölkerung zu ersetzen und die Hinweise auf die Hauptsatzung bzw. die Agenda 21-Grundsätze aufzunehmen. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage, die den KTA bekannt ist, ist eine Aufnahme von zusätzlichen Kosten in den Haushalt nicht zu empfehlen. Außerdem sind die für die Förderanträge notwendigen Mittel zur Kofinanzierung bereits in den betreffenden Haushalten eingestellt, wie z.B. die Rufbuszentrale. Die im Produkthaushalt Klimaschutz aufgeführten Aufwendungen sind als Reise-, Sach- und Veranstaltungskosten der Leitstelle bereits relativ großzügig vorgesehen.

KTA Herzog entgegnet, dass er dies nicht nachvollziehen kann, da er beim Produkt 54701 ÖPNV dazu keine Angaben finden kann. Die für Klimaschutz angesetzten Aufwendungen von 90.000 Euro betragen weniger als ein Promille des Kreishaushalts und sind zu niedrig. Angesichts der Tatsache, dass das Land aktuell wieder eine Art Bedarfszuweisung für finanzschwache Kommunen vornimmt, müssten zusätzliche Mittel für den Klimaschutz in den Haushalt eingestellt werden. Außerdem sei es durch den Zukunftsvertrag gedeckt, wenn eine Kommune es nicht selbst zu verschulden habe, dass der Haushalt nicht ausgeglichen sei. Er wiederholt seinen Antrag zur Aufnahme von 300.000 Euro in den Haushalt, um damit Fördermittel in Höhe von rund 1,5 Mio Euro zu flankieren.

KTA von Gottberg spricht sich gegen die Aufnahme dieser Aufwendungen in den Haushalt aus, da nicht erläutert werde, woher diese Mittel genommen werden sollen.

KTA Wiegrefe hält es ebenfalls für wichtig, dass ausreichend Mittel für den Klimaschutz eingeplant werden,

auch wenn es für ihn schwierig sei, die genaue Höhe zu benennen. Die Mittel müssten so bemessen sein, dass die Klimaschutzleitstelle tatsächlich effektiv tätig werden kann.

FDL Schwarz erläutert, dass in mehreren Produkthaushalten Mittel eingeplant sind, die dem Klimaschutz zuzurechnen sind, wie z.B. der ÖPNV-Haushalt in Höhe von ca. 5 Mio. Euro sowie die Mittel für die Aufstellung des RROPs, da in diesem Zusammenhang z.B. Freiraumflächen gesichert werden sollen.

Ausschussvorsitzender KTA Schöning lässt über den Antrag von KTA Herzog abstimmen, beim Rechtsbindungsgrad das Kreuz bei „muss“ zu setzen statt bei „kann“, sowie einen Posten von 300.000 Euro für Eigenmittel zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen aufzunehmen.

Mehrheitlich abgelehnt. Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 6 Enthaltung: 1 Befangen: 0

Ausschussvorsitzender KTA Schöning lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Die Produktbeschreibung Produkt 56101 Klimaschutz wird folgendermaßen geändert:
Bei „freiwillige Aufgaben“ wird ein Kreuz gesetzt. Unter „Auftragsgrundlage“ wird die Hauptsatzung des Landkreises Lüchow-Dannenberg mit Bezug auf die Agenda 21-Grundsätze aufgenommen. Unter „Zielgruppe“ wird der Begriff „Öffentlichkeit“ durch „Bevölkerung“ ersetzt.
Für das Haushaltsjahr 2020 werden für das Produkt 56101 Klimaschutz folgende Plan-Zahlen beschlossen:

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 56101 (ab 01.07.2020)	0,00 €	90.000,00 €	-90.000,00 €

Mehrheitlich empfohlen Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 2 Befangen: 0

Stabsstellenleiterin Servatius erläutert anhand der Vorlage die Produkthaushalte 2020 für die Produkte Naturpark, Grundstücksverkehr, Wirtschaftsförderung und Tourismus.
Beim Produkthaushalt 55101 Naturpark ergeben sich keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

Stabsstellenleiterin Servatius erläutert den Produkthaushalt 55501 Grundstücksverkehr, bei dem es sich um eine Pflichtaufgabe handelt. Die Anzahl der abgewickelten Fälle ist etwas angestiegen, und die Ausgaben für Fortbildung wurden geringfügig angehoben, da aufgrund einer neuen Software erhöhter Schulungsbedarf besteht. Insgesamt ergeben sich keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

Stabsstellenleiterin Servatius erläutert anhand der Vorlage den Produkthaushalt 57101 Wirtschaftsförderung & regionale Entwicklungsprojekte. Das Projekt Klimaschutz (siehe Kurzbeschreibung, Nr. 4) läuft noch bis 30.06.2020 unter diesem Produkthaushalt und wird ab 01.07.2020 als Stabsstelle mit eigenständigem Haushalt weitergeführt. Die Kreiskoordination der Projektentwicklung und Fördermittelakquise in der Metropolregion Hamburg ist als neue Aufgabe hinzugekommen (siehe Kurzbeschreibung, Nr. 5). Die unter den Grundkennzahlen 2019 unter Nr. 2 dargestellten ausgelösten Investitionen von rund 19 Mio. Euro beinhalten im Wesentlichen eine Erweiterung der Fa. Voelkel. Unter den Grundkennzahlen ist unter „5. Anzahl umgesetzter Projekte“ für das Jahr 2018 die Zahl 4 einzusetzen. Im Teilergebnisplan reduzieren sich die Zuweisungen vom Bund (Sachkonto 314100), da das Projekt Masterplan Klimaschutz im Juni ausläuft, entsprechend reduzieren sich auch die Personalaufwendungen. Die unter dem Sachkonto 314200 Zuweisung vom Land aufgeführten rund 500.000 Euro setzen sich im Wesentlichen aus Zuweisungen für das Wendlandlabor, die Agentur Wendlandleben, die Mobilitätsagentur, die Beteiligung an dem ARTIE-Netzwerk und deren Kooperationsprojekten zusammen, siehe auch die Erläuterungen zu diesem Sachkonto in der Vorlage. Die Projektskizze für die geplante Mobilitätsagentur ist weitgehend finalisiert, der Antrag soll Ende November eingereicht werden, die entsprechende Kofinanzierung ist bereits eingeplant. Im Kooperationsnetzwerk ARTIE ist ein neues Projekt zum Thema Wasserstoff-Modellregion Nordostniedersachsen geplant und ein Wettbewerbsbeitrag im Bundesförderprogramm Hyland bzw. HyExpert eingereicht worden. In einer ersten Analyse durch ARTIE für die Antragsstellung, wurde die gesamte Region Nordostniedersachsen betrachtet. Auch in Lüchow-Dannenberg wurden drei potenzielle Projekte identifiziert, die das Thema Wasserstoff zum Inhalt haben (Power-to-Gas/Grüner Wasserstoff), u.a. den Windpark im Wald des Grafen von Bernstorff, ein Projekt zur Infrastruktur für Lastverkehre mit Wasserstoffantrieb sowie eine weitere Projektidee eines regionalen Unternehmens, welches jedoch noch vertraulich zu behandeln sei. Wenn der Wettbewerbsbeitrag erfolgreich ist, soll ein Konzept mit konkreten Umsetzungsprojekten für eine Wasserstoff-Modellregion entwickelt werden, das in einem möglichen Folgeantrag 2021 die Chance auf Investitionsfördermittel hätte. Die Aufwendungen im Sachkonto 445600 sinken auf Null, da die darin enthaltene Miete für das Postamt ab 2020

unter dem Sachkonto 481100 geführt wird. Es sind Ausgaben von rund 480.000 Euro geplant (Sachkonto 729100).

Ausschussvorsitzender KTA Schöning merkt an, dass es widersprüchlich ist, wenn das Land ein Projekt Windpark im Wald fördert, das gegen das Landesraumordnungsprogramm verstößt und wenn Geld für ein Wasserstoffprojekt zur Verfügung gestellt werden soll, das von Frau Servatius nicht zu Kenntnis gegeben wurde.

Auf Nachfrage von **KTA Tzscheutschler** erläutert **Stabsstellenleiterin Servatius**, dass kein Projekt zum Wasserstoffantrieb der Bahn Dannenberg-Lüneburg geplant ist.

KTA Herzog kritisiert, dass einige Projekte von den aktuellen Beschlusslagen nicht gedeckt sind und stellt in Frage, wie das Land ein Projekt, wie den Windpark im Wald, fördern kann, das gegen das gültige Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) verstößt. Da es sich um freiwillige Ausgaben handelt, müsste über die Projekte besser informiert und mehr diskutiert werden. Denn eine Überprüfung von einigen vorhandenen Projekten, die nicht optimal laufen, wie z. B. die Biogastankstelle in Jameln, sei sinnvoller, als in Forschungsbereiche, wie die Wasserstofftechnik, vorzudringen. Zudem sei der Einsatz der Wasserstofftechnik aufgrund des geringen Wirkungsgrads nach wie vor umstritten, zumal im Landkreis nicht unbedingt überschüssige Strommengen aus erneuerbaren Energien anfallen würden. Er möchte wissen, um was es bei dem vertraulichen Projekt geht.

Stabsstellenleiterin Servatius führt aus, dass die Projektskizze aufgrund der zeitlichen Vorgaben sehr kurzfristig erstellt werden musste und die Landrätekonferenz eine finanzielle Beteiligung der Landkreise beschlossen habe. Die Wirtschaftsförderung könnte in der nächsten Sitzung den aktuellen Sachstand zu dem Projekt vorstellen. Sie bittet um Verständnis, dass Inhalte aus den Beratungsgesprächen zwischen Wirtschaftsförderung und hiesigen Firmen vertraulich sind. Auch bei Investitionen geht es z.T. um sensible Firmendaten, die vertraulich zu behandeln sind. Eine Firma sei auf die Wirtschaftsförderung zugegangen, da diese im Bereich der Wasserstofftechnologie neue Märkte für sich sieht und über Investitionen nachdenke.

KTA Schulz legt dar, dass für den Einsatz von Wasserstoff die Antriebstechnik weiterentwickelt und die Ladeinfrastruktur ausgebaut werden müsste. Außerdem wird für die Erzeugung von Wasserstoff sehr viel Energie benötigt, daher müsste das Windenergiekonzept überprüft werden.

KTA Hensel sieht die Investition in die Wasserstofftechnologie als grundsätzlich richtig an und hält es für fragwürdig, wenn der Landkreis ein Projekt fördert, das im RROP ausgeschlossen ist. Er bittet um weitere Informationen zur Mobilitätsagentur bzw. Mobilitätszentrale.

Stabsstellenleiterin Servatius erläutert, dass man sich inzwischen für den Begriff Mobilitätsagentur entschieden habe und daher im Teilergebnisplan Produkt 57101 Wirtschaftsförderung & regionale Entwicklungsprojekte in den Erläuterungen zu 314200 unter 5. das Wort „Mobilitätszentrale“ durch „Mobilitätsagentur“ zu ersetzen ist. Das Projekt wird von Frau Dittmer bearbeitet und sieht zwei Personalstellen vor. Derzeit werden verschiedene Maßnahmenkonzepte für eine neuartige Mobilität im ländlichen Raum entwickelt und Möglichkeiten für die Realisierung einer App diskutiert.

KTA Tzscheutschler stellt klar, dass er einem Haushaltsposten nicht zustimmen kann, wenn er nicht weiß, was sicher dahinter verbirgt.

Stabsstellenleiterin Servatius führt aus, dass sofern die Mobilitätsagentur bewilligt wird, Investitionen von bis zu 160.000 Euro mit einem Eigenanteil von 10 % geplant sind, u.a. für die Anschaffung von Biogasfahrzeugen und Fahrrädern und die Einrichtung einer Mobilitätsberatung. Außerdem plant Wendlandleben Investitionen, um u.a. eine Software zur Koordination der Beratungsdienstleistungen anschaffen zu können.

KTA Herzog fragt nach, weshalb der Landkreis E-Bikes an die Stadt Dannenberg abgeben würde, wie kürzlich im Stadtrat von Dannenberg beraten wurde. Es fehle eine Wirtschaftlichkeitsberechnung sowie eine Erfassung der Auslastungsquote und der Reparaturen der letzten Jahre, um einen Überblick zu gewinnen, ob sich solch ein Projekt tragen würde.

Stabsstellenleiterin Servatius entgegnet, dass die Pedelecs und Twizzys am Dannenberger Ostbahnhof 2010 über einen Wettbewerb angeschafft wurden. Damals hatte die Stadt Dannenberg sich mit Eigenmitteln von 12.500 Euro beteiligt. Wegen der Insolvenz der Diakonie, die den Verleih organisiert hatte, war eine schnelle Reaktion erforderlich. Aufgrund ihrer finanziellen Beteiligung hatte die Stadt Dannenberg Interesse an einer Übernahme der Fahrzeuge geäußert. Außerdem wurden den Tourist-Informationen im Landkreis jeweils zwei Pedelecs übergeben. Die Auslastungsquote der Fahrzeuge entsprach nicht den Erwartungen, da der Verleih bei der Diakonie nicht immer besetzt war. Bei den aktuell vom Landkreis bereitgestellten Pedelecs werde der Kilometerstand digital erfasst und die Nutzer werden gebeten, einen Fragebogen

auszufüllen, um eine qualitative und quantitative Auswertung zu ermöglichen.

Stabsstellenleiterin Servatius erläutert anhand der Vorlage den Produkthaushalt 57501 Tourismus. Es ergeben sich keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Mit dem Dachmarketing ist nach wie vor die Firma Compass beauftragt. Das Ergebnis 2018 für das Sachkonto 429100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen lag mit rund 165.000 Euro höher als die veranschlagten 146.000 Euro, da ein Tourismuskonzept beauftragt wurde, das notwendig ist, um bestimmte Förderungen beantragen zu können, wie z.B. den Ausbau des Elberadwegs (siehe auch Investitionen). Aktuell gibt es positive Signale für eine Bewilligung dieses Projekts.

KTA Herzog fragt nach mehr Informationen zum Elberadweg.

Stabsstellenleiterin Servatius erwidert, dass der Förderantrag zum Ausbau des Elberadwegs 2018 eingereicht wurde und zusammen mit Fachdienst 66 vorbereitet wird. Es liegt ein erstes Planungskonzept vor. Eine große Herausforderung besteht darin, dass die Mittel bis zum 30.06.2022 abgerechnet sein müssen. Daher besteht ein erheblicher Zeitdruck, da insbesondere in Teilbereichen der Biosphärenreservats Baumaßnahmen nur in bestimmten Zeiten möglich sind. Der Ausbau der Gesamtstrecke hätte etwa 17 Mio Euro benötigt, durch die Förderrichtlinie werden jedoch maximal 3 Mio Euro bewilligt, so dass man sich auf einzelne Abschnitte konzentrieren musste, die in diesem Zeitraum und mit den begrenzten Mitteln umzusetzen wären.

KBOR Stellmann ergänzt, dass das Projekt im Ausschuss Bauen, Abfall und Kreisstraßen bereits vorgestellt wurde. Auszüge über die Streckenabschnitte werden dem Protokoll beigelegt.

Nachtrag im Protokoll:

Folgende Streckenabschnitte (rund 13 km) sind beantragt:

Nr.	Abschnitt	Länge (in m)
1	Landesgrenze Sachsen-Anhalt bis Bundesstraße B 493	1.300
2	Alandrückstaudeich ab Bundesstraße B 493 bis Schnackenburg	1.050
8	Pölitze bis Ortslage Laase an der Landesstraße L 256 *	1.220 150
10	Langendorf bis Ortslage Brandleben *	790 2.370
11	Ortslage Brandleben bis Dömitzer Brücke (B 191)	2.430
12	Dömitzer Brücke bis Damnatz *	2.190 1.780

* Im Streckenabschnitt sind zwei Teilstrecken beantragt.

Auf Vorschlag von **KBOR Stellmann** lässt **Ausschussvorsitzender KTA Schöning** über die Produkthaushalte einzeln abstimmen.

Für das Haushaltsjahr 2020 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgelegt:

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 55101 Naturpark	272.300,00 €	273.200,00 €	-900,00 €

einstimmig empfohlen. Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2 Befangen: 0

Für das Haushaltsjahr 2020 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgelegt:

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 55501 Grundstücksverkehr	400,00 €	26.000,00 €	-25.600,00 €

einstimmig empfohlen. Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2 Befangen: 0

In der Produktbeschreibung Produkt 57101 Wirtschaftsförderung & regionale Entwicklungsprojekte ist unter den Grundkennzahlen unter „5. Anzahl umgesetzter Projekte“ für das Jahr 2018 die Zahl 4 einzusetzen.

Im Teilergebnisplan Produkt 57101 Wirtschaftsförderung & regionale Entwicklungsprojekte ist in den Erläuterungen zu 314200 unter 5. das Wort „Mobilitätszentrale“ durch „Mobilitätsagentur“ zu

ersetzen.

Für das Haushaltsjahr 2020 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgelegt:

Produkt 57101 Wirtschaftsförderung & regionale Entwicklungsprojekte	687.900,00 €	1.007.500,00 €	-319.600,00 €
---	--------------	----------------	---------------

einstimmig empfohlen. Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 4 Befangen: 0

Für das Haushaltsjahr 2020 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgelegt:

Produkt 57501 Tourismus	28.700,00 €	274.500,00 €	-245.800,00 €
Budget 80 gesamt	989.300,00 €	1.581.200,00 €	-591.900,00 €

einstimmig empfohlen. Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2 Befangen: 0

5. Produkthaushalt 2019; Produkt 51101 Kreisentwicklung und Regionalplanung	2019/355
---	----------

FDL Schwarz erläutert anhand der Vorlage das Produkt 51101 Kreisentwicklung und Regionalplanung. In der Produktbeschreibung ergeben sich keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Beim Teilergebnisplan wurden im Sachkonto 429100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen nicht mehr so viele Mittel wie im Vorjahr eingeplant, da die Haushaltsmittel in diesem Jahr begrenzt sind und Rückstellungen gebildet wurden.

KTA Herzog beantragt, dass unter Auftragsgrundlage die Hauptsatzung mit Verweis auf die Agenda 21 sowie das Leitbild des Landkreises Lüchow-Dannenberg aufgenommen werden.

Ausschussvorsitzender KTA Schöning lässt über den Produkthaushalt 51101 Kreisentwicklung und Regionalplanung mit der beantragten Ergänzung der Auftragsgrundlage abstimmen.

In der Produktbeschreibung Produkt 51101 Kreisentwicklung und Regionalplanung wird unter „Auftragsgrundlage“ die Hauptsatzung mit Verweis auf die Agenda 21 sowie das Leitbild des Landkreises Lüchow-Dannenberg aufgenommen.

Der Produkthaushalt 2020: Produkt 51101 Kreisentwicklung und Regionalplanung wird mit

Teilergebnisplan:

Erträge	2.500,- EUR
Aufwendungen	358.300,- EUR
Zuschussbedarf	355.800,- EUR

Teilfinanzplan:

Erträge	0,- EUR
Aufwendungen	358.300,- EUR
Zuschussbedarf	358.300,- EUR

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2

6. Produkthaushalt 2020; Produkt 54701 ÖPNV	2019/356
---	----------

FDL Schwarz erläutert anhand der Vorlage das Produkt 54701 ÖPNV. In der Produktbeschreibung gibt es keine Änderung. Im Teilergebnisplan ist das Projekt der Mobilitätswerkstatt der Klimaschutzleitstelle im Sachkonto 314100 bereits eingeplant, auch wenn aktuell der Förderbescheid noch nicht vorliegt. In den Erläuterungen zum Sachkonto 314100 sind neben den Zuweisungen vom Bund von 100.000 Euro für die Mobilitätswerkstatt auch die damit verbundenen Aufwendungen für Personal- und Gutachterkosten aufgeführt. Durch die Einstellung einer weiteren Person ergeben sich im Sachkonto 401000 höhere Personalaufwendungen. Die größte Ausgabe für den ÖPNV ist mit rund 5,1 Mio Euro im Sachkonto 431800 für den Öffentlichen Dienstleistungsauftrag angesetzt (siehe auch die Erläuterungen zu diesem Sachkonto).

KTA Herzog führt aus, dass er einen Abgleich mit den im Masterplan Klimaschutz aufgeführten Maßnahmen vorgenommen hat. Auf Seite 36 des Masterplans seien mehrere Maßnahmen aufgeführt, die bis 2020 umzusetzen seien, die er jedoch im Haushaltsplan nicht wiederfinden könne. So würden eine

Haushaltsbefragung, die Mobilitätszentrale, die Einrichtung von durchgehenden Verkehren nach Uelzen und Lüneburg sowie die Anbindung der Fähren fehlen. Hierfür müssten Mittel eingeplant werden. Dagegen würden für die Einrichtung der Landesbuslinie Mittel eingeplant, obwohl nach ersten Abschätzungen Eigenanteile von 200.000 bis 300.000 Euro erforderlich wären.

FDL Schwarz erwidert, dass die Einrichtung eines durchgehenden Verkehrs nach Uelzen, die eine wesentliche Maßnahmen des Nahverkehrsplans darstellt, nur mit der Förderung zur Landesbuslinie realisiert werden kann. Entsprechend sind dafür Mittel in den Haushalt eingestellt. In vorhergehenden Sitzungen wurde berichtet, dass Gespräche mit der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) geführt wurden und Abstriche von den hohen Fördervorgaben in Aussicht gestellt wurden. Entsprechend sei mit einem gegenüber den ersten Berechnungen reduzierten Eigenanteil für die Einrichtung einer durchgehenden Verbindung zu rechnen. Da die Linie erst im Laufe des kommenden Jahres eingerichtet werden kann, wurden etwa 50.000 Euro in den Haushalt aufgenommen.

KTA Hensel begrüßt, dass die Landesbuslinie im Haushalt berücksichtigt wurde und entsprechend dem Kreistagsbeschluss an einer Anpassung der Fördervorgaben an die hiesigen Bedingungen gearbeitet wird. Er bittet um weitere Informationen zur MobilitätsWerkStadt.

FDL Schwarz erläutert, dass der Titel „Erstellung eines integrierten Konzepts für die nachhaltige urbane Mobilität im Landkreis Lüchow-Dannenberg als Teil der Metropolregion Hamburg unter Beteiligung der relevanten Akteure aus Verwaltung, Zivilgesellschaft, Politik und Verkehrsunternehmen“ lautet. Im Detail können durch das Projekt ergänzende Verkehrsuntersuchungen durchgeführt werden, z.B. zur Organisation der Zubringerverkehre für die Landesbuslinie, zur besseren Anbindung der Fähren oder zur Frage, wie der Rufbus effektiv gestaltet werden kann (direkte und schnelle Anbindung versus mäandrierendem Verlauf zur Anbindung von möglichst vielen Dörfern).

KTA Herzog gibt zu bedenken, dass ein Entgegenkommen des Landes eine landesweite Änderung der Fördervorgaben mit einer entsprechenden Ausgabenwelle zur Folge haben könnte und möchte wissen, ob die angepassten Förderbedingungen dann auch für andere Linien, z.B. Dannenberg Uelzen, gelten würden.

FDL Schwarz führt aus, dass das Thema bei einer Dienstbesprechung mit der LNVG in der vorhergehenden Woche angesprochen wurde. Danach haben andere Landkreise im ländlichen Raum die gleichen Probleme mit den Förderbedingungen. Der LNVG sind diese Probleme bekannt. Sie sollen bei einer Überarbeitung der Förderrichtlinie berücksichtigt werden, die derzeit jedoch nicht absehbar ist. Dessen ungeachtet können in begründeten Einzelfällen Ausnahmen von der Förderrichtlinie gemacht werden, sofern das Wirtschaftsministerium zustimmt. Dieser Abstimmungsprozess läuft derzeit. Aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte besteht ein geringerer Beförderungsbedarf, der in einem Gutachten im Zusammenhang mit der Richtlinie vom Land selbst festgestellt wurde. Daher zeigte sich das Land offen für mögliche Ausnahmen, so dass die Verwaltung Mittel im Haushalt eingeplant hat.

KTA Herzog vertritt die Auffassung, dass unterschiedliche Maßstäbe angesetzt werden würden. Das Defizit des Landkreises werde von der Verwaltung basierend auf einer Hoffnung auf eine positive Zusage des Landes ausgeweitet, während an anderer Stelle Vorschläge aus der Politik nicht aufgenommen werden würden.

KTA Hensel erläutert, dass es mehrere Kreistagsbeschlüsse zur Verbindung Lüchow-Uelzen gibt, daher seien die erforderlichen Mehrausgaben ausreichend gerechtfertigt.

KTA von Gottberg beantragt den Schluss der Debatte.

Ausschussvorsitzender KTA Schöning hält fest, dass es keine Wortmeldungen zu dem Thema mehr gibt und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Produkthaushalt 2020 Produkt 54701 ÖPNV wird mit

Teilergebnisplan:

Erträge	1.626.500,-EUR
Aufwendungen	5.354.800,-EUR
Zuschussbedarf	3.728.300,-EUR

Teilfinanzplan:

Erträge	1.626.500, EUR
Aufwendungen	5.329.600,-EUR
Zuschussbedarf	3.703.100,-EUR

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen. Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 3

7. Produkt 51103; Geodateninfrastruktur DAN

2019/358

Frau Hüsing erläutert anhand der Vorlage den Produkthaushalt 51103 Geodateninfrastruktur. Es ergeben sich keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Beim Sachkonto 72210 Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens ist der Ansatz etwas gestiegen, da ab 2020 erstmals Wartungskosten für eine im Jahr 2018 angeschaffte Software fällig werden. Es gibt keine Nachfragen oder Anmerkungen.

Der Produkthaushalt 2020**Produkt 51103 Geodateninfrastruktur DAN wird mit****Teilergebnisplan:**

Erträge	87.500,- EUR
Aufwendungen	239.600,- EUR
Zuschussbedarf	152.100,- EUR

Teilfinanzplan:

Erträge	85.000,- EUR
Aufwendungen	238.400,- EUR
Zuschussbedarf	153.400,- EUR

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2**8. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 02.10.2019: Möglichkeiten und Kosten der Einführung bargeldloser Bezahlssysteme im ÖPNV**

2019/347

KTA von Gottberg erläutert, dass angesichts der Stellungnahme der Verwaltung der Antrag zurückgezogen wird und stattdessen beantragt wird, dass bargeldloses Bezahlssystem nicht im jetzt vorliegenden Entwurf, sondern im darauf folgenden Nahverkehrsplan (NVP) zu thematisieren.

KTA Herzog hält es nicht für angemessen, dass man jetzt einen Beschluss fällen würde, der in fünf Jahren von einem neuen Kreistag zu beraten wäre.

KTA Hensel gibt zu bedenken, dass mit dem geänderten Antrag erst in fünf Jahren über die Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs weiter beraten werde. Es sei zwar nachvollziehbar, dass sich angesichts der geringen Anzahl von Barzahlern, die Ausstattung von allen Bussen mit EC-Geräten nicht lohnen würde. Da jedoch aktuell im Einzelhandel jeder vierte Euro bargeldlos ausgegeben wird, beantragt er, zumindest bei der Landesbuslinie ein bargeldloses Bezahlssystem vorgezogen einzuführen, da hierfür vermutlich auch gesonderte Fördermittel akquiriert werden könnten.

FDL Schwarz führt aus, dass die Einführung eines bargeldlosen Zahlungsverkehrs einen erheblichen Aufwand für die Anschaffung und Einrichtung der Hardware (EC-Lesegeräten, GPS) sowie insbesondere der Software darstellt. Dieser Aufwand würde auch nicht geringer sein, wenn man das zunächst nur für eine Linie einrichten würde. Zudem wird sich die Software und Hardware weiter entwickeln, so dass es sinnvoller ist, diese Aufgabe im nächsten NVP mit aufzunehmen.

KTA Hensel zieht seinen Antrag zurück.

KTA von Gottberg macht deutlich, dass er kein Problem damit hat, den ursprünglichen Antrag aufgrund der Aussagen der Verwaltung zurückzuziehen, er jedoch einen Merkposten für den nächsten NVP beantragen möchte.

Ausschussvorsitzender KTA Schöning lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Die Einführung eines bargeldlosen Bezahlsystems ist nicht im jetzt vorliegenden Entwurf, sondern im darauf folgenden Nahverkehrsplan zu thematisieren.

Abstimmungsergebnis: geändert empfohlen Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 2 Enthaltung: 3**Nachtrag im Protokoll:**

KTA von Gottberg teilt im Nachgang zur Sitzung mit, dass er seinen Antrag als zurückgezogen betrachtet und der Antrag daher von der Tagesordnung des Kreisausschusses genommen werden soll.

9. Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Einwohner anwesend sind.

10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Es gibt keine weiteren Mitteilungen oder Anfragen.

Ausschussvorsitzender KTA Schöning schließt um 16.58 Uhr den öffentlichen Teil der Fachausschusssitzung.

Nichtöffentlicher Teil

11. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

Vorsitzender KTA Schöning eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Fachausschusssitzung.

12. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen


Vorsitzender


Protokollführung